



Egal, wie laut die Herrschenden auch aufschreien: die NPD-Fraktion fordert weiterhin ein Rückführungsprogramm für Ausländer in ihre Heimat.

Seite 2



Hartz IV den Todesstoß versetzen: im Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten und Rechtsanwalt Michael Andrejewski.

Seite 3



Gegen den etablierten Schuldskult: am 8. Mai aller Opfer des Zweiten Weltkrieges gedenken!

Seite 4

Ausgabe 10 / Jahrgang 2010

Der Ordnungsruf

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

www.npd-fraktion-mv.de

Kommentar



Liebe Landsleute,

die Deutschen sollen zahlen! So war es schon immer und die bundesdeutschen Politgrößen sehen anscheinend auch keinen Grund, dies zu ändern. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn der deutsche Steuerzahler zunächst 150 Milliarden Euro nach Griechenland überweisen muß. Für die Stabilität des Euro, so heißt es.

Während in englischen Zeitungen zu lesen ist, wir Deutschen sollen nicht länger ausnehmen lassen, sind bundesdeutsche Politiker dabei, unser Geld mit beiden Händen aus dem Fenster zu werfen. Gefragt wird das Volk allerdings nicht. Wir wurden auch nicht gefragt, ob wir den Euro wollen. Nun aber sollen unsere Steuermilliarden die strauchelnde Euro-Währung stabilisieren. Die herrschenden „Demokraten“ spielen sich als Despoten auf, die über das Volk verfügen und diesem beliebig viel abpressen können, um die zweifelhafte Politik zu finanzieren.

Könnten wir Deutschen über unsere Steuergelder selbst bestimmen, statt sie an EU, NATO, UNO u.s.w. zu überweisen, bräuchte es keine Steuererhöhungen oder Kürzungen im Sozialbereich. Dann stünden die Milliarden, die heute andernorts versickern, wieder für deutsche Aufgaben und die Interessen unseres Volkes bereit.

Mit den derzeit Herrschenden ist eine Politik zum Wohle und Nutzen unseres Volkes aber nicht zu machen. Wir brauchen einen grundlegenden Wechsel, wenn das deutsche Volk wieder im Mittelpunkt deutscher Politik stehen soll. Darum fordern wir den Austritt aus der NATO und aus der Europäischen Union! Denn Griechenland wird erst der Anfang sein.

Ihr Udo Pastörs
Fraktionsvorsitzender

Sie kommen!

Deutschlands Arbeitsmarkt im Visier Osteuropas

Am 01. Mai 2011 ist es soweit: Arbeitnehmer aus weiteren acht Staaten erhalten dann die volle Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. So bekommen Arbeitssuchende aus der Tschechischen Republik, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Slowenien und der Slowakei den Freifahrtschein, um auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt aktiv zu werden.

Nach einer insgesamt siebenjährigen Übergangsregelung brechen alle Dämme und den ohnehin schon brachliegenden Arbeitsmärkten in Westeuropa droht die Invasion durch Arbeitslose aus den eingangs genannten „EU-8-Staaten“. Zuletzt konnte diese Arbeitsmarktzuwanderung 2009 nur abgewendet werden, weil die Bundesrepublik gegenüber der EU-Kommission eine schwerwiegende Störung auf dem deutschen Arbeitsmarkt geltend machen konnte. An dieser Einschätzung hat sich nichts geändert,

wie zum Beispiel die erfolgte Verlängerung der Kurzarbeiterregelung bis zum März 2012 beweist.

In den „EU-8-Staaten“ herrscht mit offiziellen Quoten von bis zu 20 Prozent wie nahezu überall in Europa eine hohe Arbeitslosigkeit. Folglich sitzen Millionen Arbeitssuchende auf gepackten Koffern.

Die NPD forderte, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, um durch Nachverhandlungen mit der Europäischen Union die erneute Einreiseflut von arbeitssuchenden Osteuropäern noch abzuwenden. Diesem Vorstoß versagten sich alle anderen Parteien. Während im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise bis jetzt der Zusammenbruch des deutschen Arbeitsmarktes nur verhindert werden konnte, weil u. a. die Kurzarbeiterregelung erneut verlängert wurde, wird in dieser Situation die Zuwanderung weiterer

Billiglöhnerkräfte in Kauf genommen.

Wie schon bei der hoffnungslosen Ausgangslage rund um die europäischen Staatsfinanzen meint man auch beim Arbeitsmarkt, die Gesamthaftung Deutschlands für Europa schultern zu können. Während sich alle anderen „Partner“ jederzeit auf nationalstaatliche Ausnahmezustände berufen würden, um drohendes Unheil noch abwenden zu können, legt die BRD eine Europahörigkeit an den Tag, die sich am Ende noch bitter rächen wird.



Grenzen:
der wirksamste Schutz vor Kriminellen, Asylbetrügerei und Lohndrückerei!



Der DROHENDEN VERGREISUNG entgegenwirken

Die Bilanz nimmt sich verheerend aus und ist eine Folge der Mißwirtschaft der Alt-Parteien von CDU, SPD über Linke bis FDP: Vom einstigen Jungbrunnen wurde der Nordosten zum Altenheim der Bundesrepublik Deutschland. 230.000 zumeist jüngere Einwohner haben Mecklenburg und Vorpommern seit 1989/90 verlassen. In einigen Regionen ist der Jahrgang 1977 fast komplett abgewandert. Vielen Landstrichen droht die Vergreisung. Bis 2020 wird ein jährlicher Bevölkerungsrückgang von 0,6 Prozent erwartet. Im Landkreis Uecker-Randow kommen bei den 18- bis 29jährigen auf 100

Männer lediglich 74 Frauen. Für 2015 sagt das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung einen „zweiten Wendeschock“ für den Nordosten voraus, weil dann, so die Wissenschaftler, nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern fehlen werden.

Anlaß genug, in die Puscheln zu kommen und sich der verhängnisvollen Entwicklung entgegenzustemmen. Die NPD-Fraktion forderte deshalb den Landtag auf, eine Enquete-Kommission „Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien“ ins Leben zu rufen. Deren Hauptaufga-

be sollte darin bestehen, bereits vorhandene Initiativen, Gutachter und Sachverständige an einen Tisch zu holen, um deren Erkenntnisse zu bündeln und der Landespolitik das erarbeitete Material als Grundlage für zielgerichtetes und effizientes Handeln zur Verfügung zu stellen.

Der NPD-Abgeordnete Stefan Köster erklärte in der Einbringungsrede für den Antrag, daß eine Enquete-Kommission erst der Anfang sein könne - die Nationalen sind übrigens die einzige Partei, die auf den drohenden Volkstod nicht nur beizeiten hingewiesen, sondern auch Alternativen (Müttergehalt,

Familiendarlehen, Kinderrente) erarbeitet hat.

Köster verwies auf einen früheren CDU-Vorstoß, in dem die Umkehr bei der Entwicklung der Einwohnerzahl als wichtigste Aufgabe der Landespolitik bezeichnet wurde - damals befanden sich die „Schwarzen“ in der Opposition, heute in der Regierung. Wirklich getan haben auch sie nichts - Motto: Losgesprungen als Tiger und als Bettvorleger gelandet. Der frühere Stasi-IM Torsten Koplin (Linke) lehnte den NPD-Antrag im Namen der



Zukunft statt BRD!

„demokratischen“ Parteien ab, ohne auch nur ein einziges Gegenargument vorweisen zu können. Wie sagte schon der letzte sächsische König: „Ihr seid mir scheene Demokraten“.

Landesprogramm zur Rückführung von Ausländern in ihre Heimat gefordert



Normalerweise würde man ja vom Hohen Hause, dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, nicht als „Bude“ sprechen. Aber um mal den sprichwörtlichen „Schwung in die Bude“ zu bemühen, reicht es aus, nicht zu provozieren, sondern den Parteienvertretern von CDU bis Linken einfach Tatsachen und Fakten zum Thema Ausländer zu präsentieren.

Und diesen „Schwung in die Bude“ brachte die NPD mit ihrer Forderung, nach dem Scheitern der sogenannten Integrationspolitik Ausländern die ordnungsgemäße Rückkehr in ihre Heimatländer zu ermöglichen. Damit das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hier als Vorzeigeland dienen könnte, sollte ein entsprechendes Landesprogramm auf den Weg gebracht werden.

Klar, daß die multikulturellen Völkerver-

treter der anderen Parteien fast im Quadrat des Plenarsaals sprangen, die Ohren auf Durchzug stellten und einfach nicht wahrhaben wollten, wovon sich zwischen jeder im Westen dieser Republik problemlos in der Nachbarschaft überzeugen kann: Die Ausländerintegration ist grandios gescheitert, weil allein schon aufgrund der Masse nicht mehr umsetzbar.

Daß es unterdessen in vielen EU-Ländern Rückkehrprogramme für Ausländer gibt, ist für eingefleischte Integrationsextrémisten natürlich nur schwer verdaulich, ändert hieran allerdings nichts. Beim Thema Ausländer besitzt die NPD die Kernkompetenz und die Ausländerfrage wird den anderen Parteien als sozialer Sprengstoff noch um die Ohren fliegen.

Die Folgen dieser Fehlentwicklung werden wir leider alle tragen müssen.

Gut bezahlte Vernichtung unserer Baukultur stoppen!

Was alliierter Bombenterror, sowjetische Soldateska und 40 Jahre DDR von der heimischen Bausubstanz noch übrig ließen, wird nunmehr durch staatliche sogenannte „Rückbau“-Maßnahmen vollends zerstört. Eine regelrechte Kannibalisierung der eigenen architektonischen Geschichte ist in den Städten unseres Landes für jedermann sichtbar. Seit 1990 wandte Mecklenburg-Vorpommern im Bereich des Städte- und Wohnungsbaus staatliche Mittel in Höhe von rund 7,5 Milliarden Euro auf. Mit Beginn des Bund-Länderprogramms „Stadtumbau Ost“ wurden seit 2002 insgesamt 2,5 Milliarden Fördergelder ausgeschüttet, wovon bis dato auch Schwerin 94 Millionen Euro für den Abriss und teilweisen Rückbau von historischen Gebäuden beisteuerte. Dabei blieb die Förderung der landestypischen und an regionalen Eigenheiten ausgerichteten Baukultur auf der Strecke. Anstelle der Regionalarchitektur wurde in vielen Städ-

ten unserer Heimat schleichend, aber dafür gründlich der Ausguß des „Neuen Bauens“ gesetzt.

Landestypische Regionalarchitektur ist aus nationaler Sicht die prägende Baukultur unseres Landes und somit ist auch die bebaute Umwelt in Mecklenburg und Pommern unser aller Kulturgut.

Deshalb forderte die NPD-Fraktion mit ihrem Antrag „Landestypische Bausubstanz erhalten – Schutz unseres baukulturellen Erbes festigen“ den Schutz unserer architektonischen Identität und eine breite Unterstützung für die Herausarbeitung von baulichen Archetypen unserer Heimat ein. Solange Baukultur nicht als etwas verstanden wird, in dem unsere Heimat, das jeweils Eigene, Regionale schöpferisch zum Ausdruck kommt, wird freiwillig und dann auch noch subventioniert ein weiteres Stück eigener Geschichte und Identität aufgegeben.



Heiligendamm 2007: Abriss von Villen der Perlenkette

Kein Recht auf Eigentum für deutsche Heimatvertriebene?

Die türkische Regierung konfiszierte zwischen 1955 und 1964 unzählige Grundstücke und Immobilien von griechischen Privateigentümern. In einem Urteil vom September 2009 befand der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, daß die Türkei gegen die Europäische Menschenrechtskonvention mit ihrem Zusatzartikel 1 („Recht auf Eigentum“) verstieß. Geklagt hatten zwei griechische Geschwister vor dem Gerichtshof. Sie bekamen Recht. Der türkische Staat muß nunmehr den Grundbesitz an die griechischen Kläger zurückgeben und Schadenersatz zahlen oder den derzeitigen Wert des Eigentums im vollen Umfang erstatten.

Das Urteil ist auch richtungsweisend für deutsche Heimatvertriebene - wenn deutsche Politiker überhaupt willens wären, eigene Schlußfolgerungen hieraus zu ziehen.

Denn gerade für Mecklenburg-Vorpommern sollte der Urteilsspruch Anlaß sein,



Heimatvertriebene aus Ostpreußen, Hinterpommern, Schlesien und anderen nach 1945 völkerrechtswidrig geraubten deutschen Ostprovinzen in ihren berechtigten Forderungen beim Recht auf Eigentum von staatlicher Seite zu unterstützen.

Darum setzte die NPD dieses Thema mit dem Antrag „Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu Restitutionsansprü-

chen und Entschädigungen beachten - Durchsetzung privater Eigentumsansprüche im Ausland verwirklichen“ auf die Tagesordnung des Landtages.

Künftige Entschädigungs- und Rückübertragungsansprüche von deutschen Klägern in Straßburg hätten politisch unterstützt und hierfür eine Koordinationsstelle eingerichtet werden können. Auch die griechische

Regierung förderte die griechischen Individualkläger mit Rechtsbeistand vor dem Gerichtshof.

Doch die Abgeordneten von CDU, SPD, FDP und Die Linke wollen das Urteil für deutsche Schicksale nicht gelten lassen und versagen Heimatvertriebenen weiterhin ihre Unterstützung.

Schutz vertraulicher Daten sichern



Mit dem sogenannten S.W.I.F.T.-Abkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den USA wird US-Behörden der Zugriff auf Kontobewegungen der EU gewährt.

Obwohl die Bundesregierung ankündigte, dies verhindern zu wollen, enthielt sie sich im Ministerrat der Europäischen Union der Stimme und sorgte so dafür, daß die Späher in den USA jede Kontobewegung nachvollziehen können. Bisher hatten die US-Behörden ohne recht-

liche Grundlage Zugriff auf die Datenbanken; dies wurde von der Bundesregierung geduldet. Mit dem S.W.I.F.T.-Abkommen wurde diese illegale Praxis nunmehr legalisiert.

Natürlich muß auch hier der sogenannte Kampf gegen den Terror als Begründung erhalten. Nur über die totale Kontrolle aller Zahlungen ließen sich die Geldflüsse der „Terroristen“ nachvollziehen.

Dies sind letztlich aber nur vorgeschobene Gründe, denn immer dann, wenn die Rechte der Bür-

ger eingeschränkt werden sollen, wird der „Kampf gegen den Terror“ ins Feld geführt. Und oft hat es den Anschein, als würde diese zweifelhafte Argumentation kommentarlos angenommen und der totalen Überwachung bereitwillig Tür und Tor geöffnet.

Dagegen richtete sich der Antrag der NPD-Fraktion, mit dem die Vorgehensweise der Bundesregierung scharf verurteilt wurde.

Um sicherzustellen, daß die Daten der Deutschen und der einheimi-

schen Wirtschaft vor dem Ausspähen geschützt werden, wurde die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat entsprechend tätig zu werden.

Aber die „demokratischen Fraktionen“ interessiert es nicht und so wurde der Antrag, der letztlich auf den Datenschutz abzielte, gegen die Stimmen der Nationalen überraschend abgelehnt.

BÜRGERNÄHE statt MONSTERKREISE

Kreisgebietsreform wird keine Einsparungen bringen!

Allen Änderungsvorschlägen zum Trotz wurde die sogenannte Kreisgebietsreform im Landtag durchgedrückt. Die Versuche, in letzter Minute die zukünftigen Kreisstädte zu ändern, scheiterten alle samt, wenn auch nur knapp. Künftig wird es nur noch sechs Landkreise und mit der Hansestadt Rostock und der Landeshauptstadt Schwerin nur noch zwei kreisfreie Städte geben.

Innerhalb der letzten Monate haben zahlreiche Kommunen und Städte angekündigt gegen die Landkreisneuordnung vor Gericht zu ziehen - bereits wenige Tage nach der Abstimmung im Landtag ruderten einige Protagonisten zurück. Die Chancen mit einer Klage Erfolg zu haben stehen dennoch nicht schlecht. Die Schlechterstellung vieler Noch-Kreisstädte ist nicht zu übersehen.



Darüber hinaus wurde vielerorts das bisher partnerschaftliche Verhältnis benachbarter Städte, die in eine künstliche Konkurrenzsituation getrieben wurden, nachhaltig gestört. Eine solche Situation wollte die NPD-Fraktion verhindern und hat deshalb bereits im Frühjahr

2008 ein Alternativmodell vorgestellt, die umlandbetreuende Stadt.

Bei diesem Modell würden verschiedene Aufgaben, die heute noch in der Hand der Landkreise liegen, an die Städte übergeben. Für die Bürger bliebe die Verwaltung

in der nahen Stadt erhalten. Genau darum sollte es gehen, die Bürgernähe zu erhalten, statt die Wege zu Behörden und Verwaltungen zu verlängern und die Bürokratie zu vergrößern. Aber die „demokratischen Fraktionen“ stellen sich für derartige bürgerefreundliche Alternativen taub. Ihnen geht es nicht um die Bedürfnisse und Interessen der Mecklenburger und Pommern, sondern nur darum ihre eigenen Pfründe zu sichern.

Auch deshalb haben die sechs NPD-Abgeordneten das Kreisstrukturgesetz abgelehnt. Durch die Zusammenlegung von Landkreisen zu Monstergebilden im XXL-Format wird sich die Finanzsituation im Land nicht ändern. Dazu bedürfte es einer anderen Politik, die sich am Volk orientiert. Diese ist von den Etablierten aber nicht zu erwarten.

Käuflichkeit als alternative Parteienfinanzierung

Es ist schon fast skurril: Während man selbst in den Hofberichterstattungsmedien der Republik nachlesen kann, wer sich wo bei welcher Gelegenheit sogar einen Ministerpräsidenten für einen Messebesuch mit Foto anmieten kann, fallen die linksliberalchristlichsozialen Berufspolitiker im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern aus allen Wolken, wenn dieses Thema nur angesprochen wird.

Dabei wollten die Nationalen nur vorsorglich im Landtag beschließen lassen, den Mitgliedern der

Landesregierung zu unterlegen, womöglich bezahlte Gesprächstermine wahrzunehmen. Offenbar ein Stich ins Wespennest, denn der SPD-Vertreter versicherte eindringlich, die Landesregierung sei weder käuflich noch mietbar und auch nicht korrupt, was zu diesem Zeitpunkt allerdings auch noch niemand behauptet hatte.

Obwohl: Wenn das zutrifft, hätte man ja zumindest die gleiche Zielrichtung und könnte den Antrag einstimmig verabschieden. Aber es kam anders, denn der Antragstext entbehre jeder

Grundlage, würde aufs Schärfste zurückgewiesen, sei beleidigend und auch noch „infam“.

Eine Wortwahl, die man eigentlich nur jemandem zutraut, der sich schon fast erappt fühlt. Diese Art der Überreaktion ist gleichwohl bezeichnend für den Umgang mit der NPD im Landesparlament: Man redet als selbsternannter Demokrat möglichst lange an der eigent-

lichen Sache vorbei, bis man wenigstens selber das Selbstgesagte auch glaubt.



Foto: Ronald Laine / aboutpixel.de

Einheitliche Rentenkasse für alle Deutschen schaffen!

Seit Jahren müssen sie sich mit so genannten Nullrunden abspesen lassen, die Rentner in der Bundesrepublik Deutschland. Bei vielen Senioren fällt die Rente bereits jetzt schon so kärglich aus, daß von einem Altersabend in Würde keine Rede sein kann. Schenkt man wissenschaftlichen Untersuchungen Glauben, ist dies erst der Beginn einer katastrophalen Entwicklung.

Denn Ende der 2020er Jahre dürften sich die gesetzlichen Altersbezüge sogar unter der Grundsicherung von 600 Euro bewegen! 2030 werden 100 Arbeitnehmern statistisch 70 Rentner gegenüberstehen.

Die grassierende Massenarbeitslosigkeit mit dem damit einhergehenden Beitragsausfall wird der gesetzlichen Rentenversicherung weiter schweren Schaden zufügen. Die

traditionelle, umlagefinanzierte Rentenversicherung ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr finanzierbar.

Die NPD-Fraktion fordert daher die Schaffung einer einheitlichen, beitragsgerechten Rentenkasse für alle Deutschen. Kernpunkt ist dabei die Einführung einer Grundrente (Volksrente) zur Sicherung des Existenzminimums. Sie wird als notwendig erachtet, weil viele Menschen Erwerbsbiographien mit zum Teil langer Erwerbslosigkeit oder geringer Entlohnung aufweisen. Die Volksrentenkasse soll sich durch rechtliche Unabhängigkeit auszeichnen, um so eine Zweckentfremdung der Rücklagen durch die politisch Verantwortlichen ausschließen zu können. Eingeführt werden soll auch ein Kinderbonus, der sich den NPD-Vorstellungen zufolge nach der Kinderzahl richtet.



Foto: Christian Woller / aboutpixel.de

Hier sprechen wir!
www.npd-fraktion-mv.de

Polizeipräsenz in der Fläche erhalten! Blockparteien leugnen Sicherheitsdefizit im ländlichen Raum

Bei der Wahrung von Sicherheit und Ordnung fährt die rot-schwarze Landesregierung weiter auf „Sparflamme“. „Dank“ der Polizeistrukturreform 2010 existieren bereits im nächsten Jahr weniger Dienststellen. Zudem werden bald weniger als 6.000 Polizeibeamte im Einsatz sein.

Es bleibt zweifelhaft, ob die Polizei angesichts derartiger Rahmenbedingungen gerade in ländlich geprägten Gegenden der importierten Kriminalität aus Osteuropa überhaupt Herr werden kann. Insbesondere im Binnenraum entlang der polnischen Staatsgrenze gehören bandenmäßiger Diebstahl, Einbruchserien und organisierte Raubzüge seit dem Wegfall der Grenzkontrollen längst zur Tagesordnung.



Angesichts dessen, brachte die nationale Opposition erneut einen sicherheitspolitischen Vorstoß in den Landtag ein.

Mit einem Antrag forderte die NPD die Landesregierung auf, die Polizeistrukturreform 2010 auszusetzen und alle Anstrengungen zu unternehmen, damit die „Polizeipräsenz im ländlichen Raum erhalten“ bleibt.

Aus nationaler Sicht ist die geplante massive organisatorische und personelle Veränderung in der Landespolizei nichts weiter als eine desolate Fehlpolitik der Herrschenden zu Lasten der Bürger und der Polizeibeamten.

Die Blockparteien CDU, SPD, FDP und Die LINKE leugnen das schwindende

Sicherheitsgefühl im Volk und spielen das Problem steigender Grenzkriminalität bewußt herunter. So verfahren die etablierten Landespolitiker auch in Zukunft weiter mit ihrer Strategie der Verharmlosung akuter Sicherheitsprobleme.

Die NPD entläßt die Offiziellen aber weiterhin nicht aus ihrer Verantwortung und informiert darüber hinaus alle Polizeidienststellen im Land über die schöngefärbte Darstellung der Kriminalitätslage und die Absichten ihres obersten „Dienstherren“, Innenminister Lorenz Caffier (CDU), weiter Personal und Behörden bei der Polizei abzubauen.

„Hartz IV den Todesstoß versetzen“

In den Sozialgesetzbüchern sind gravierende Mängel enthalten. Die NPD-Fraktion reichte auch in den vergangenen Monaten eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen ein. „Der Ordnungsruf“ unterhielt sich darüber mit dem Abgeordneten und Rechtsanwalt Michael Andrejewski.

Herr Andrejewski, sie forderten von der Landesregierung eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, den verdachtsunabhängigen Datenabgleich, wie er in § 52 SGB II normiert ist, ersatzlos zu streichen. Warum?

Der verdachtsunabhängige Datenabgleich verletzt das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Leistungsbezieher und stellt eine pauschale Kriminalisierung dar.

Was hat es mit dem Antrag Ihrer Fraktion zum geschützten Sachvermögen auf sich?

Die Rechtsprechung geht davon aus, daß Erlöse aus dem Verkauf dieses Vermögens nicht als Einkommen zu werten sind, sondern als geschütztes Barvermögen, solange sie nicht den jeweiligen Freibetrag überschrei-

ten. Beispielsweise, wenn jemand bei „ebay“ Stücke aus seinem Hausrat verkauft. In der Praxis wird dies von den zuständigen Behörden aber oft mißachtet. Um unnötige Widerspruchsverfahren und Klagen vor den Sozialgerichten zu vermeiden, wäre eine Klarstellung im Gesetz (§ 11 (3) SGB II – d. Red.) wünschenswert.

Was sagte eigentlich der Gegenredner, nachdem Sie den Antrag Ihrer Fraktion erläutert hatten?

Der Herr Waldmüller von der CDU bezeichnete die Rechtslage als eindeutig; wir wollten mit dem Antrag nur Probleme schaffen, um uns dann als Retter aufzuspielen. Ich bezeichnete den Mann sodann als Herrscher über das Reich der Theorie, denn auch zu uns ins Bürgerbüro kommen Menschen mit genau diesen Problemen.

Ein zentraler Punkt im SGB II sind die Sanktionen bzw. ihre Dauer. Drei Monate dauern derzeit die Sanktionen gegen pflichtverletzende Empfänger von Leistungen nach dem System von Hartz IV. Auch dazu brachte Ihre Fraktion einen Vorstoß ein ...

Während der Dauer der Sanktion besteht kein Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Wir legten dem Landtag einen Antrag vor, mit dem die Landesregierung zu einer Bundesratsinitiative aufgefordert werden sollte. Mit ihr sollte erreicht werden, daß, sobald der Arbeitslose seine Pflichtverletzung beendet, die Sanktion ebenfalls aufgehört. Letztendlich dienen die Sanktionen doch der Einschüchterung – beim kleinen, auf Hartz-IV-Niveau lebenden Mann sollen Verhaltensänderungen herbeigeführt

werden, was bei Managern erst gar nicht versucht wird. Die kassieren schon wieder ihre Zuschläge.

Wie ist dem „System Hartz IV“ am besten beizukommen?

Mit Klagen und Widersprüchen. Jeder dieser Schritte ist wie ein Stein, den man auf das asoziale Gesetzesmächwerk namens Hartz IV wirft oder gleicht zumindest einer Schippe Sand, die ins Getriebe der Verarmung rieselt und es schließlich stillstehen läßt. Glücklicherweise setzen sich immer mehr Bürger zur Wehr. Würden alle Hartz-IV-Opfer diesem Beispiel folgen, geschähe dasselbe, als wenn sämtliche Inhaber von Bankkonten gleichzeitig ihr Geld abhoben. Die Geldinstitute wären sofort platt. Ebenso könnte eine Flut von Klagen und Widersprüchen die Herrschenden zwingen, Hartz IV

zurückzunehmen und durch sozialere Regelungen zu ersetzen.

Noch entstehen dem Leistungsbezieher dadurch, daß er Widerspruch einlegt, keine Kosten, unabhängig davon, ob er gewinnt oder verliert. Sollte er sich mit seinem Rechtsmittel durchsetzen, kann er beim Amt sogar die Erstattung seiner Kosten fordern: Anerkannt sind unter anderem Ausgaben für Telefon und Fax, Kopien und Fahrtkosten.

Ähnlich ist es mit Klagen – Gerichtskosten entstehen nicht. Ein Anwalt ist auch in der zweiten Instanz nicht notwendig, ansonsten beantragt man Beratungshilfe beim zuständigen Amtsgericht. Dafür muß ein Anwalt die Beratung sowie die Vertretung im Widerspruchsverfahren übernehmen, wofür er höchstens zehn Euro nehmen

darf. Anschließend beantragt man Prozeßkostenhilfe für das sozialgerichtliche Verfahren selbst. Wird die Bewilligung, übernimmt der Staat die Bezahlung des Anwalts auch dann, wenn man verliert. Auch hier gilt: Wer sich nicht wehrt, der leidet verkehrt.

Die Betroffenen selbst können entscheiden, ob sie Hartz IV den Todesstoß versetzen wollen.

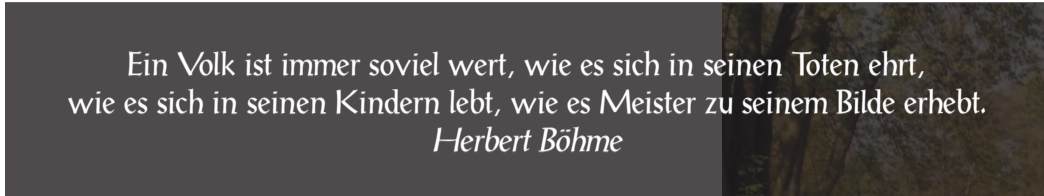


Michael Andrejewski
Hartz-IV-Fachmann

Am 8. Mai aller Opfer des Zweiten Weltkriegs gedenken!

So lautete der Titel eines Antrages der NPD-Fraktion, mit dem die Beflaggsverordnung geändert werden sollte. In der „Verordnung zur Bestimmung der regelmäßigen Beflaggstage“ ist geregelt, an welchen Tagen die Dienststellen des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der übrigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, die der Ansicht des Landes unterstehen, zu beflaggen sind.

Vor dem Hintergrund, daß sich in Deutschland eine einseitige Gedenkkultur breitgemacht hat, die mittlerweile zu einem regelrechten Schuldskult angewachsen ist, sollte mit dem Antrag eine Wende eingeleitet werden. Mit einer Gedenkkultur, die alle Opfer



berücksichtigt, also auch die deutschen, die Opfer alliierter Kriegsverbrechen geworden sind. Die Einteilung in Opfer erster und zweiter Klasse wird den historischen Vorgängen nicht gerecht.

Darum sollte in der Beflaggsverordnung festgeschrieben werden, daß am 8. Mai als sichtbares Zeichen und im Gedenken an alle Opfer des Krieges halbmast zu flaggen ist. Der 8. Mai steht symbolisch für das Ende des Zweiten Weltkriegs; die Er-

mordung von Deutschen ging weiter, ebenso waren Vergewaltigung und Vertreibung weiter an der Tagesordnung.

Statt weiter den einseitigen Schuldskult zu zelebrieren, sollten wir Deutschen endlich auch unseren eigenen Opfern gedenken. Für Mord, Raub, Plünderung, Vergewaltigung und Vertreibung gibt es keine Rechtfertigung, schon gar nicht die, es handele sich bei den Opfern ja nur um Deutsche. Schluß mit dem Schuldskult!



Nein zur grünen Gentechnik auf unseren Feldern, kein Genfraß auf unseren Tellern!

Die NPD-Fraktion steht der Gentechnik äußerst kritisch gegenüber. Das bewies sie bereits mit mehreren Anträgen, die sich mit diesem Thema beschäftigten. Diese kritische Haltung liegt darin begründet, daß die Risiken der Gentechnik bisher kaum erforscht sind, aber schon allein die bekannten Gefahren eine verheerende Wirkung auf Mensch und Natur haben. Hinter den Bestrebungen



Umweltpolitisch. Sprecher, Raimund Bormann, MdL

deutlich, daß sie die Risiken für die Gesundheit der Bürger, die von der Amflora-Kartoffel ausgehen, nicht interessieren. Die Amflora-Genkartoffel enthält unter anderem ein sogenanntes Marker-Gen, welches beim Menschen zu einer Antibiotika-Resistenz führen kann. Eine solche Resistenz kann lebensbedrohliche Folgen haben, beispielsweise wenn eine Behandlung mit Antibiotika

der Gentechnik-Konzerne stehen ausschließlich wirtschaftliche Interessen, die letztlich die Landwirte in die Abhängigkeit führen.

Nachdem der Anbau des Genmaises MON810 im letzten Jahr verboten wurde, konnte man zunächst aufatmen. Aber mit der Zulassung der Gen-Kartoffel Amflora durch die Europäische Union verlor diese scheinbare Ruhe sehr schnell. Bereits im Februar forderte die NPD-Fraktion, die Landesregierung solle mit der Bundeslandwirtschaftsministerin Kontakt aufnehmen, um ein Verbot für den kommerziellen Anbau der Gen-Kartoffel zu erreichen.

Die „demokratischen Fraktionen“ lehnten den Antrag ab und zeigten so

ka dringend notwendig ist, aber der Körper darauf nicht mehr reagieren kann.

Die Ablehnung dieses Antrags verwunderte uns nicht, befinden sich doch in den Reihen der „demokratischen Fraktionen“ glühende Verfechter der sogenannten „Grünen Gentechnik“. Davon unberührt, brachte die NPD-Fraktion im April erneut einen Antrag zum Thema Gentechnik ein.

Die Landesregierung wurde darin aufgefordert, sich in Zukunft für die gentechnikfreie Landwirtschaft einzusetzen und die Bauern in ihren Bestrebungen zu unterstützen, sich zu gentechnikfreien Regionen zusammenzuschließen. Abstimmungsergebnis: Abgelehnt!

Die Toten der Wilhelm Gustloff ehren

Es handelt sich um die größte Katastrophe der deutschen Seefahrtsgeschichte: Am 30. Januar 1945 erhielt die „Wilhelm Gustloff“ Treffer von einem sowjetischen U-Boot, in deren Gefolge das Flüchtlingsschiff sank. 9.300 Frauen, Kinder sowie verwundete Wehrmachtangehörige fanden den Tod. Aus Anlaß der 65. Wiederkehr des tödlichen Dramas forderte die NPD-Landtagsfraktion, zum Gedenken an die Opfer ein angemessenes Denkmal zu errichten.



Interpretation der letzten Momente der Gustloff, von Irwin J. Kappes

Die Rahmenbedingungen für ein unter normalen Verhältnissen selbstverständliches Anliegen sind derzeit nicht un-

bedingt einfach. Mit Hinweis auf die angebliche deutsche Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (eine These, die von renommierten Historikern längst widerlegt ist) wird hierzulande jegliche Erinnerungskultur an unsere eigenen Opfer unterdrückt.

Im Gegensatz dazu forderte der NPD-Fraktionsvor-

sitzende Udo Pastörs, „daß wir in Deutschland zu einer ausgewogenen, ehrlichen und damit ehrenvollen, auch den deutschen Opfern gerecht werdenden Gedenkkultur zurückfinden“. Ein Denkmal für die Opfer des Unterganges der „Gustloff“ wäre ein erster, richtungsweisender Schritt.

Gegenredner Dr. Norbert Nieszery (SPD) verstieg sich

zu der Behauptung, die alleinige Schuld am Untergang der „Gustloff“ trage das System Adolf Hitlers.

Darauf erteilte der NPD-Abgeordnete Michael Andrejewski (Udo Pastörs war unter fadenscheinigen Gründen von der Sitzung ausgeschlossen worden) Nieszery eine fabelhafte Lektion. Er verwies auf die Tatsache, daß Stalin keinen Hitler brauchte, um sein Massenmordsystem am Laufen zu halten. Ihm zum Opfer fielen neben Deutschen auch Ostpolen wie auch hunderte tausende Sowjetsoldaten, die nicht so „funktionierten“, wie es ihre Politikommissare wollten.

Geschäftsordnung = BRD-MAULKORB

Auch zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtages legte die NPD-Fraktion mehrere Anträge vor. Der erste bezog sich auf die Fragestunde, die jeweils während einer Landtagswoche stattfindet. Hier kommt es gehäuft vor, daß Fragen der Abgeordneten nicht vom zuständigen Minister, sondern von Kabinettskollegen in Vertretung beantwortet werden. Folgerichtig zielte der NPD-Vorstoß darauf ab, im Falle der Verhinderung des zuständigen Mitglieds der Landesregierung die Frage vom zuständigen Staatssekretär beantworten zu lassen.



forderte die NPD, Abgeordneten künftig das Recht einzuräumen, gegen einen vom Landtagspräsidenten verhängten Sitzungsausschluß sofort durch Zuruf Einspruch zu erheben. Darauf wird (in Bayern) der Ältestenrat einberufen, der dem Landtag eine Empfehlung gibt und die Pflicht hat, den vom Sitzungsausschluß Betroffenen zu hören. Schließlich entscheidet der Landtag über den Einspruch, nachdem Abgeordneter und Präsident Gelegenheit hatten (in dieser Reihenfolge), gehört zu werden.

Soviel zur Praxis in Bayern - nicht so im Landtag M/V: Hier wird auch künftig fundamental in die Rechte der Abgeordneten eingegriffen, bleibt der Willkür der Präsidentin Tür und Tor geöffnet.

Der zweite Antrag betraf das Thema Sitzungsausschluß. In Anlehnung an die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags



Fraktion vor Ort: „Flaggschiff Waterkant“ startet durch

Seit Anfang Mai ist die NPD-Fraktion mit ihrem neuen Fahrzeug in Mecklenburg und Pommern unterwegs. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Tino Müller taufte das Fahrzeug auf seiner ersten Jungfernfahrt im Uecker-Randow-Kreis auf den Namen „Flaggschiff Waterkant“. Hierzu sagte der gelernte Maurer und Landtagsabgeordnete Müller:

„Ich halte das neue Fahrzeug ‚Flaggschiff Waterkant‘ unserer Fraktion für sehr fortschrittlich. Es ist uns damit möglich, innerhalb von kürzester Zeit mehrere Städte anzufahren, um unser Material unter die Leute zu bringen - und dies alles ohne großen bürokratischen Aufwand. Eine Belästigung von linken Chaoten ist somit auch nicht mehr gegeben. Das

markante Erscheinungsbild unseres Fahrzeuges sorgt zudem für viel Aufsehen bei den Passanten. Wir sind somit präsent in der Fläche, beispielsweise in kleineren Dörfern, die von den etablierten Parteien schon längst aufgegeben worden sind.“



Ordnungsruf?

Laut Geschäftsordnung „erhalten Landtagsabgeordnete einen Ordnungsruf, wenn sie die Würde und die Ordnung des Hauses verletzen.“ Aber es werden auch unablässig Ausdrücke und Redewendungen willkürlich als „unparlamentarisch“ gerügt. Denn ob ein Abgeordneter die „Würde des Hauses verletzt“, liegt allein im Ermessen des

Präsidenten. Und so ernten unsere Abgeordneten für jedes unbequeme Wort einen Ordnungsruf. Doch ehrlich gesagt, den ernten wir gern! Denn wir sind unbestechlich und lassen uns von niemandem den Mund verbieten.

So hielten wir den Namen „Der Ordnungsruf“ für unser Mitteilungsblatt am tref-

Info-Gutschein

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Fax

ePost

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.

Jahrgang

Ich möchte das Mitteilungsblatt „Der Ordnungsruf“ abonnieren.

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21